WP-01-K1-796-7

In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Bernhard Herrmann (KV Chemnitz)

Änderungsantrag zu WP-01-K1

Von Zeile 795 bis 797 einfügen:
kann, halten wir daran fest, alle verbliebenen Kohlekraftwerke ab 2030 nicht mehr zu befeuern. Des Weiteren ist für uns klar: Die langfristigen und teuren Folgekosten des Kohleabbaus müssen durch die Kohleunternehmen abgesichert werden, um nicht die Allgemeinheit auf lange Zeit zu belasten. Wir stehen für eine endgültige Absage an die Gasförderung in ganz Deutschland – an Land wie auf dem Meer. Eine Rückkehr zur Atomkraft ist

Begründung

Folgekosten des Braunkohlebergbaus sind von den Verursachern dieser umfangreichen Eingriffe zu tragen - Verursacherprinzip.

weitere Antragsteller*innen

Johannes Brink (KV Mittelsachsen); Ulrike Böhm (KV Erzgebirge); Kathrin Henneberger (KV Mönchengladbach); Kai Schuhmann (KV Dresden); Antje Grothus (KV Rhein-Erft-Kreis); Hendrik Uhlmann (KV Erzgebirge); Ronja Zierold (KV Mittelsachsen); Danny Lietz (KV Landkreis Leipzig); Christina-Johanne Schröder (KV Wesermarsch); Michael Kellner (KV Uckermark); Ulf Zimmermann (KV Mittelsachsen); Benjamin Franke (KV Chemnitz); Kristina Wittig (KV Mittelsachsen); Moritz Knobel (KV Dresden); Gerd Böttcher (KV Chemnitz); Norbert Engemaier (KV Dresden); Thomas Walther (KV Erzgebirge); Nils-Olof Born (KV Mannheim); Elena Sophie Knoche (KV Mittelsachsen); sowie 51 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.